

„Die Presse“ im Kurz-Rausch?

Von Dieter Grillmayer

Am 14. Juni hat Rainer Nowak, der aktuelle Chefredakteur von „Die Presse“, in einem Leitartikel, der allein schon aufgrund der gegen die FPÖ gerichteten Bösartigkeiten von mindermem Niveau ist und auch noch eindeutige Sachfehler enthält, den Freiheitlichen jedwede Regierungsfähigkeit abgesprochen. Am 29. Juni hat einer seiner Vorgänger, der von mir im Übrigen sehr geschätzte Dr. Andreas Unterberger etwas subtiler, aber doch ebenso eindeutig Kurz-Propaganda gemacht, indem er auf seinem Blog die Frage gestellt hat, ob denn die FPÖ überhaupt regieren wolle, nachdem sie schon zweimal damit Schiffbruch erlitten habe. Denn es darf wohl angenommen werden, dass damit eine Verunsicherung des FPÖ-Anhanges bezweckt ist, was vornehmlich der „neuen“ ÖVP des Sebastian Kurz zugute kommen soll. Rainer Nowak habe ich einen Brief geschrieben (Anhang). In diesem Text erlaube ich mir, die Sichtweise des Herrn Dr. Unterberger ein wenig zu relativieren.

Das betrifft vor allem die folgende Passage:

Aber jenseits dieser Problemkreise wird eine ganz andere, von der Öffentlichkeit noch gar nicht wirklich wahrgenommene Frage zentral. Sie lautet: Will die FPÖ überhaupt regieren?

Zwar antworten alle dazu befragten FPÖler ziemlich unisono: „Natürlich wollen wir das.“ Jedoch bangen viele hinter vorgehaltener Hand davor, was ihnen droht, wenn sie in der Regierung sind. Nämlich dass sie dann in der Wählergunst unweigerlich wieder steil abstürzen werden. Das ist ja schon zweimal passiert, als es blaue Minister gegeben hat.

Natürlich bangt insbesondere die FPÖ-Spitze auch angesichts der Erinnerung, dass diese Abstürze jeweils zu einer parteiinternen Revolution samt Austausch der gesamten Führungsmannschaft geführt haben. Einmal kam dann Jörg Haider als neuer Strahlemann, das nächste Mal H.C.Strache.

Hier stört mich vor allem die Schilderung des Motivs für den Absturz und der zeitliche Ablauf. In der rot-blauen Koalition von 1983 bis 1986 konnte die FPÖ nach 4,98 % bei der Wahl in einer Meinungsumfrage vom Jänner 1985 immerhin auf 5,9 % zulegen. Die nur mehr 3,5 % kurz vor dem Innsbrucker Parteitag waren für die Ära Steger untypisch und vornehmlich die Folge der vom Egomanen Jörg Haider herbeigeführten Parteikrise, bei der es mehr um die (als Richtungsstreit inszenierte) Frage von „national“ und „liberal“ ging und weniger um die Regierungsarbeit. (Übrigens hat keiner der alten FPÖ-Granden in Innsbruck Haider gewählt.) Es bleibt Norbert Stegers unbestreitbares Verdienst als Regierungspolitiker, die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf praktisch im Alleingang verhindert zu haben. (Siehe dazu mein Buch „National und Liberal“, Seite 192/193.) Ziemlich makellos auch die Tätigkeit von Harald Ofner als Justizminister, insbesondere ist dessen Engagement für die Rechte der Roma und Sinti zu erwähnen, und von Friedhelm Frischenschlager als Verteidigungsminister. Mit der „Reder-Affäre“ wurde Letzterer wider besseres Wissen von der oppositionellen ÖVP „angepatzt“.

In die schwarz-blaue Koalition von 2000 bis 2002 startete die FPÖ mit 26,91 % bei der NR-Wahl vom 3. Oktober 1999. Über die Leistungen der zu Recht als Sanierungspartnerschaft bezeichneten Regierung Schüssel/Riess wird in „National und Liberal“ ausführlich berichtet, ebenso über die FPÖ-Verluste bei diversen Landtagswahlen, die aber vor allem „hausgemacht“ waren, und über die laufenden Querschüsse von Jörg Haider, der den Verlust seines Einflusses in der Parteispitze und damit auch auf die FPÖ-Regierungspolitik offenbar nicht verkraftete. Trotzdem wies eine am 3. Februar 2002 von der Tageszeitung „Der Standard“ veröffentlichte OGM-Umfrage für die FPÖ einen Wähleranteil von 25 % (ÖVP 27 %, SPÖ 35 %) aus. Über die folgenden internen Streitereien,

vornehmlich über Steuerreform und Abfangjäger, die schließlich zur Katastrophe von Knittelfeld geführt haben, will ich mich hier nicht verbreitern. Die wöchentlichen „Market“-Umfragen in den letzten Wochen vor Knittelfeld (mit durchschnittlich 21 %) belegen jedoch, dass es trotz dieser Querelen keinen eklatanten Absturz der FPÖ in der Wählermeinung gegeben hat.

Es ist evident, dass sich die FPÖ im Jahr 2017 in einem ganz anderen Zustand befindet. In den Landesparteien ist Ruhe eingekehrt mit durchwegs potenten Landesobleuten, ein besonderes Vorzeigebispiel stellt die Steiermark dar. Die Parteipitze in Wien zeichnet sich vor allem durch eine große Kontinuität bei Straches Stellvertretern und bei den Generalsekretären aus, während Haider diese wie die Hemden gewechselt hat. Und vor allem gibt es keine in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Streitereien. Das völlige Scheitern des Versuchs der politischen Konkurrenz, Hofer nach seinem großen Wahlerfolg gegen Strache auszuspielen, ermutigt zu der Prognose, dass die Partei aus den Fehlern (und Abstürzen) der Vergangenheit gelernt hat.

Zuletzt noch ein Wort zu Sebastian Kurz. Das Verdienst, federführend für die Sperre der Balkanroute gesorgt zu haben, kann ihm keiner nehmen. Aber das ist eben der Vorteil des Regierungspolitikers, dass er wirklich etwas bewegen kann, wenn er sich traut. Daher ist Opposition für jede Partei, die sich dem Wohl des Staates und seiner Bürger verpflichtet fühlt, immer nur eine Notlösung. Im Übrigen vertritt der ÖVP-Hoffnungsträger inzwischen lauter Positionen, die seit vielen Jahren von der FPÖ vertreten werden und wofür diese zumindest als rechtspopulistisch, wenn nicht gar als neonazistisch beschimpft worden ist. Allerdings ist Kurz erst nach der Invasion von 2015 klüger geworden, davor war der für Integration zuständige Staatssekretär/Minister ein „gutmenschlicher“ Sprücheklopfer wie viele andere auch. Journalisten und Medien, die einen Anspruch auf Qualität und politische Kultur erheben wollen, sollten im Sinne einer fairen Vorwahl-Berichterstattung auch diese Sachverhalte zur Sprache bringen.

Garsten, am 14. Juni 2017

Sehr geehrter Herr Nowak!

Ihr heutiger Leitartikel unterscheidet sich unangenehm von Vielem, das ich bisher von Ihnen gelesen habe. Als Kommentator darf man natürlich eine persönliche Sicht der Dinge haben, aber in einem seriösen Medium haben Bösartigkeiten gegenüber der FPÖ wie „Koalition der Geldausgabe-Willigen“ und das „gut gefüllte Kreidelager“ nichts verloren. Und da „rechts“ eine genauso ehrenwerte politische Einstellung ist wie „links“, weil auch Ihnen hinsichtlich Ihres Artikels eine gewisse Skrupellosigkeit zu attestieren ist, und weil Striktheit in der Ausländerfrage, siehe die BM Kurz, Sobotka und Doskozil, ja sogar BK Kern, in Österreich inzwischen zum guten Ton gehört, geht auch diese ihre Kritik an der FPÖ voll daneben. (Die Freiheitlichen haben in der Ausländerfrage – weitblickend – nur eine gewisse Vorreiterrolle eingenommen.)

Im Übrigen enthält Ihr Artikel auch eindeutige Sachfehler: Nicht Wolfgang Schüssel hat von Jörg Haider und seinen „Glücksrittern“ – auch eine Bösartigkeit – eine Präambel verlangt, sondern Thomas Klestil. Schon damals war das eine unnötige Schikane; heute so etwas zu verlangen, wie gerade in der SPÖ diskutiert wird, ist eine ausgesprochene Frechheit und würde ich als freiheitlicher Politiker dieses Ansinnen striktest zurückweisen. Die Herrschaften sollten sich vielleicht einmal die Mühe machen, das aktuelle FPÖ-Parteiprogramm zu studieren und sich an den vielen klugen Interviews zu orientieren, die von freiheitlichen Politikern laufend gegeben werden, z. B. vom oö. LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Zu den „Glücksrittern“ und der „Kompetenz und Redlichkeit des Personals“: Wenn man von den Kurzzeit-Ministern Krüger und Sickl einmal absieht müssen die FPÖ-Minister der beiden Schlüssel-Kabinette einen Vergleich mit ihren roten und schwarzen Nachfolgern nicht scheuen. (Kdolsky, Bandion-Ortner, Buchinger und wohl auch Darabos waren sogar ausgesprochene Fehlgriffe.) Gut qualifiziert waren neben Böhmdorfer auch VK Riess-Passer, Grasser, Haubner, Haupt, Miklautsch-Gastinger, Reichhold und Scheibner; Gorbach hat sich zwar später blamiert, aber als VK keine Fehler gemacht. Die gegen Grasser seit elf Jahren betriebene Hetze hat bisher nichts gebracht und ist vornehmlich politisch motiviert, damit so etwas „Böses“ wie eine ÖVP-FPÖ-Koalition nur ja nie wieder passiert.

Abschließend darf ich Ihnen versichern, dass Sie vor einer Regierungs-FPÖ keine Angst haben müssen, weil die Freiheitlichen heutzutage inhaltlich und personell viel besser aufgestellt sind als sie es im Jahr 1999 waren. So nachzulesen in meinem neuen Buch „Die Dritte Kraft mit neuem Schwung – Österreichs Innenpolitik von 2006 bis 2016 im internationalen Kontext“, vorgestellt u. a. auf meiner Homepage www.grillmayer-dieter.at.

Mit freundlichen Grüßen
HR Mag. Dieter Grillmayer, Garsten